

Nachrichten

Ausländer sollen in Bern mitbestimmen können

Bern. Auch ohne Stimm- und Wahlrecht sollen sich Ausländerinnen und Ausländer in der Stadt Bern politisch einbringen können, und zwar mit einer sogenannten Ausländermotion. Am 14. Juni entscheidet das Stimmvolk über deren Einführung. Migranten machen in der Stadt Bern rund einen Fünftel der Bevölkerung aus. Die Stadt Bern wäre nicht die erste Gemeinde, die eine Ausländermotion einführt. Auch andere Gemeinden kennen solche Mitwirkungsinstrumente. In Burgdorf etwa gibt es den Ausländerantrag. Bisher wurde er aber kaum genutzt. SDA

Schweiz gewährt häufig die vorläufige Aufnahme

Bern. Die Schweiz hat 2014 bei 71 Prozent der gestellten Asylgesuche Schutz gewährt. Das ist im europäischen Vergleich ein überdurchschnittlich hoher Wert, wie aus einer Statistik der EU-Behörde Eurostat hervorgeht. Rund 15 500 Asylsuchende erhielten ein Aufenthaltsgewilligung. In den meisten anderen Ländern Europas war die Schutzquote für Asylsuchende deutlich tiefer, wie die NZZ am Sonntag schreibt. Höhere Quoten verzeichneten nur Schweden, Malta, Bulgarien und Zypern. In fast zwei Drittel der Fälle gewährte die Schweiz den Asylsuchenden nur vorübergehend Schutz, weil sie keine Asylgründe erkannte. SDA

Bedrohungsmanagement gegen Gewalttäter

Zürich. Kantone wie Solothurn oder Zürich gehen mit einem systematischen Bedrohungsmanagement gegen Gewalttäter vor, wie der Sonntagsblick schreibt. Sie führen Namenslisten von gefährlichen Personen und versuchen bei bedrohlichem Verhalten, Delikte zu verhindern. Polizisten und Psychologen suchen das Gespräch mit den potenziellen Tätern, die Polizei beschlagnahmt Waffen oder nimmt die Personen präventiv in Haft. Rund 2000 Personen sollen in der Schweiz als hochgefährlich gelten. SDA

Eric Stauffer kandidiert und hört 2019 auf

Genf. Bei den Wahlen im Kanton Genf hat der Rechtspopulist Eric Stauffer seinen Sitz im Gemeinderat von Onex verloren. Bis Ende 2019 will der Gründer des Mouvement Citoyens Genevois, der im Herbst fürs nationale Parlament kandidiert, seine Karriere beenden. SDA

69 Millionen Franken mehr für die SRG

Kommt das neue Radio- und Fernsehgesetz, sprudeln die Gebühreneinnahmen noch mehr

Von Aaron Agnolazza

Bern. Die Befürworter des neuen Radio- und Fernsehgesetzes (RTVG), das am 14. Juni vors Volk kommt, wiederholen beinahe mantramässig folgendes Argument: Mit dem neuen RTVG erhalte die SRG nicht mehr Geld als bisher. Am 4. Mai erklärte SRG-Generaldirektor Roger de Weck in der BaZ: «Das neue Radio- und Fernsehgesetz wird 34 Regionalsender stärken, während die SRG nicht einen Rappen mehr erhält.» Gleichentags antwortete de Weck in der Aargauer Zeitung beinahe identisch zu den Regionalsendern: «Diese bekommen mehr Geld, während die SRG nicht einen Rappen mehr erhält.»

Auch die zuständige Bundesrätin Doris Leuthard beschwichtigte in derselben Zeitung, es werde nicht mehr Gebühren für die SRG geben: «Die SRG erhält genau gleich viel Geld, egal, ob die Bevölkerung Nein oder Ja sagt zum RTVG.»

Wie auch die NZZ am Sonntag berichtete, zeigen jetzt aber zwei Faktenblätter des Pro-Komitees «Ja zum RTVG», die aus dem Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation von Doris Leuthard stammen: Die SRG erhält nicht gleich viel Gebühren, sondern mehr, sollte das RTVG angenommen werden. 2014 nahm die SRG rund 1,21 Milliarden Franken an Gebühren ein. Die Schätzungen des Bundesamtes für Kommunikation

(Bakom) basieren auf Zahlen der Jahre 2012/2013. Die Anzahl Haushalte und Unternehmen hochgerechnet, ergeben sich Gebühreneinnahmen von 1,53 Milliarden Franken, abzüglich Mehrwertsteuer sowie die höheren Beiträge an lokale Radio- und Fernsehstationen sowie weitere Aufwände (Tabelle unten). Insgesamt darf die SRG also mit mindestens 69 Millionen Franken Mehreinnahmen dank dem neuen RTVG rechnen.

SRG rechnet mit weniger Geld

Entgegen den offiziellen Zahlen des Bundes rechnet die SRG laut Mediensprecher Daniel Steiner eher mit tieferen als mit höheren Einnahmen, sollte das neue RTVG angenommen werden: «Die SRG geht davon aus, dass sie eher

etwas weniger Geld zur Verfügung haben wird, da die privaten Anbieter neu bis zu sechs Prozent der Einnahmen erhalten werden.» Laut Steiner basieren die Aussagen de Wecks zur Gebühreneinnahmeentwicklung auf «offiziellen Informationen des Bundes», etwa den Faktenblättern des Bakom.

Im Departement Leuthard will man ebenfalls nichts von Mehreinnahmen wissen. Mediensprecherin Caroline Sauter erklärt auf Anfrage: «Der Systemwechsel dient nicht dazu, den Anteil der SRG an den Einnahmen zu erhöhen.» Falls die Einnahmen höher ausfallen sollten als vorgesehen, würde der Bundesrat die Höhe der Abgabe entsprechend tiefer ansetzen, sagt Sauter. Aufgrund der vom Bakom zur Verfügung gestellten Zahlen liessen sich laut

Sauter «keine Schlussfolgerungen» ziehen. «Die These, die SRG werde mit dem Systemwechsel mehr Geld erhalten, ist falsch.»

«Erschreckender Widerspruch»

Beim Schweizerischen Gewerbeverband (SGV) kann man ob der Argumentation des Bakom hingegen nur den Kopf schütteln: «Die Zahlen zeigen, wie dreist hier seitens des Bundes argumentiert wird», sagt SGV-Direktor Hans-Ulrich Bigler. «Das Bakom und die SRG geben ja mit diesen Faktenblättern gleich selbst zu, dass die SRG mehr Geld einkassieren will.» Das neue RTVG sei damit eben nicht «ertragsneutral», wie das die Botschaft dem Parlament «vorgegaukelt» habe, kritisiert Bigler weiter.

Dass SRG-Direktor Roger de Weck und Bundesrätin Doris Leuthard das Argument ins Feld führen, dass keine Mehreinnahmen generiert würden, ist für den SGV-Direktor ein «eklatanter, ja geradezu erschreckender Widerspruch». Hans-Ulrich Bigler: «Auch während der Debatte ist von Bundesrätin Leuthard und von den Befürwortern versichert worden, dass die SRG nicht mehr Geld erhält. Eine krasse Irreführung.»

Bundesrat und SRG hätten das Parlament nicht korrekt orientiert. Jetzt müsse man sich auch nicht wundern, wenn ein schwerer Vertrauensverlust die Folge sei, sagt Bigler: «Das Volk wird an der Nase herumgeführt und in die Steuerfalle gelockt.»

EINNAHMEN SRG BEI ANNAHME DES RTVG

Gebühren Haushalte	1 320 856 400 CHF
Gebühren Unternehmen	209 589 100 CHF
Mehrwertsteuer	-115 955 640 CHF
Beiträge an lokale Radio- und TV-Stationen	- 81 000 000 CHF
Aufwand Erhebungsstelle	- 40 000 000 CHF
Aufwand Steuerverwaltung	- 2 500 000 CHF
Aufwand Bundesamt für Kommunikation	- 4 000 000 CHF
Aufwand Nutzungsforschung	- 2 500 000 CHF
Aufwand Untertitelung	- 2 000 000 CHF
Aufwand Archivierung von Sendungen	- 6 000 000 CHF
Total Einnahmen neu	1 278 989 860 CHF
Total Einnahmen 2014	1 210 400 000 CHF
Total Mehreinnahmen	68 589 860 CHF

Der FDP-Chef lässt Markwalder im Regen stehen

Parteipräsident Philipp Müller versucht, in der Kasachstan-Affäre Schaden von den Freisinnigen abzuwenden

Bern. Für FDP-Präsident Philipp Müller hat die Berner FDP-Nationalrätin Christa Markwalder mit der Weiterleitung von Kommissionsinformationen an eine Lobbyistin zum Thema Kasachstan das Kommissionsgeheimnis verletzt. Es gehe nicht darum, welchen Stellenwert die weitergeleiteten Informationen hätten, erklärte Müller in der Sendung «Samstagsrundschau» des Schweizer Radios SRF. Jede Unterlage falle unter das Kommissionsgeheimnis.

Ob Markwalder wie geplant im Dezember Nationalratspräsidentin werden soll, liess der FDP-Chef offen. Das entscheide der Nationalrat, und dabei habe wiederum der Entscheid des Ratsbüros einen Einfluss. Zum zweiten, in Zusammenhang mit dem Kasachstan-Lobbying stehenden Fall in seiner

Partei – der Reise von Nationalrat Walter Müller (SG) in das autoritär regierte Land – sagte der Parteichef, Müller räume den Fehler selbst ein und bezahle die Reise nun selbst. Die beiden Fälle seien keineswegs ein «Fall FDP».

Lobbying ist an der Tagesordnung

Die FDP werde die beiden Fälle ohne Rücksicht auf Einzelne klären und hart zur Sache gehen, kündigte Müller an. Das Volk habe den Eindruck, im Parlament werde gemauschelt. Das müsse ausgeräumt werden. Dabei versprach Müller Transparenz. Entsprechende Vorstösse lägen vor. Seine Partei hatte sich bisher wie andere Bürgerliche einer Regelung widersetzt. Die FDP, die seit Langem wieder Wahlerfolge verzeichnet, müsse Vertrauen zurückgewinnen.

Die abtretende Ständerätin Christine Egerszegi (FDP, AG) sagte der Schweiz am Sonntag, die Beeinflussung der Gesetzgebung sei «manchmal erschreckend». Bei der Beratung über die Aufsicht über die Krankenkassen habe eine Arbeitsgruppe des Kasanverbandes Santésuisse «ganze Gesetzestexte vorgegeben».

Lobbying sei an der Tagesordnung, stellte Politologe Claude Longchamp am Samstag in Interviews mit der Aargauer Zeitung und der Südostschweiz fest. Die PR-Agentur Burson-Marsteller habe aber im Falle Kasachstans speziell aggressiv lobbyiert. Das sei nur schon wegen der Orchestrierung aus dem Ausland atypisch. Für das Lobbyieren forderte Longchamp klare Regeln. Ein Ansatzpunkt wäre eine grösstmögliche

Transparenz der Kommissionsarbeit. Longchamp nannte die Hearings des US-amerikanischen Kongresses als Beispiel. Dort könnten alle Interessenvertreter ihre Argumente einbringen und die Öffentlichkeit zusehen.

Der Berner Politologieprofessor Fritz Sager erklärte gegenüber Tages-Anzeiger und Bund, Milizparlamentarier seien auf Informationen von Lobbys angewiesen. Eine Alternative wären staatlich bezahlte Experten. Diese aber seien im verfassungsmässig schlank aufgestellten Staat Schweiz nicht vorgesehen. Das grosse Gewicht von Verbänden sei im politischen System beabsichtigt. Damit es nicht ständig zu Referenden komme, müssten die verschiedenen Gruppen ihre Interessen einbringen können. SDA

ANZEIGE

MINDESTENS



+2%
Frühlings-Vorteil

DER OPEL EURO-FRÜHLING

**RABATTE, DIE SICH
GEWASCHEN HABEN.**

Attraktive Sonderangebote jetzt
bei Ihrem Opel Partner.

opel.ch

13% Euro-Rabatt plus 2% Frühlings-Vorteil auf den empfohlenen Listenpreis inkl. MwSt. Gültig bei teilnehmenden Händlern für sämtliche Opel PW-Modelle bis 31. Mai 2015 ausser Ampera Lagerfahrzeuge (18%), Ampera Neubestellungen (7%), Astra Limousine 5-türig (20,5%), Astra Sports Tourer (17%) und KARL (0%).

